



Bericht aus dem Ständerat



Legislaturbilanz Daniel Jositsch Amtsperiode 2019 bis 2023



Geschätzte Leserinnen und Leser

Mit der vergangenen Herbstsession gelangt die Legislatur des Parlaments ans Ende. Am 22. Oktober wird das neue Parlament gewählt. **Ich kandidiere für eine weitere Amtsperiode als Vertreter des Kantons Zürich für den Ständerat.** Mit diesem Newsletter schicke ich Ihnen einen Rückblick auf meine wichtigsten Tätigkeiten und Anliegen in der ablaufenden Legislatur.

Und wie immer die Sendung zur Session auf Tele Z ab Montag, 2. Oktober 2023:
<https://www.telez.ch/konkret/>

Revision des Strafrechts; Strafraahmenharmonisierung

Die Grossrevision des Strafgesetzbuchs (StGB) hatte zum Ziel, die Strafraahmen (obere und untere Grenze der bei den verschiedenen Delikten vorgesehenen Strafen) zu modernisieren und dem Zeitgeist anzupassen. In diesem Zusammenhang wurde auch das gesamte Sexualstrafrecht modernisiert und opferfreundlicher ausgestaltet.

Ich habe massgeblich an der Vorlage mitgearbeitet, ich war Präsident der zuständigen Subkommission und Kommissionsberichterstatler für den Grossteil der Vorlage (ausser für das Sexualstrafrecht). Ich habe mich insbesondere im Bereich des Sexualstrafrechts dafür eingesetzt, dass dieses opfergerecht ausgestaltet wird, ohne dass dabei die rechtsstaatlichen Grundsätze des Strafrechts eingeschränkt würden.

Konzernverantwortungsinitiative

Die Konzernverantwortungsinitiative wollte die rechtliche Verantwortung von multinational tätigen Unternehmen auf die Tätigkeit im Ausland ausdehnen. Sie sollten menschen- und umweltrechtliche Standards auch im Ausland anwenden und für die Nichtbeachtung zur Verantwortung gezogen werden können. Die Initiative erreichte zwar das Volksmehr, scheiterte aber am Ständemehr.

Ich habe mich in der Rechtskommission für die Initiative respektive für einen angemessenen Gegenvorschlag eingesetzt. Den Gegenvorschlag, den das Parlament schliesslich angenommen hat, lehnte ich als zu wenig weitgehend und zu wenig präzise ab.

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ermöglicht, terroristische Angriffe präventiv zu bekämpfen. Ich habe diese Vorlage unterstützt, da damit die Sicherheit vor Terrorangriffen erhöht werden kann. Präventive Massnahmen im Sicherheitsbereich bergen aber immer die Gefahr der Verletzung von Freiheitsrechten. Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass griffige Überwachungsmassnahmen und Beschwerdemöglichkeiten vorgesehen wurden.

Revision Kriegsmaterialgesetz

Das Kriegsmaterialausfuhrgesetz wurde vom Parlament bezüglich Kriegsmaterialausfuhren eingeschränkt, nachdem immer wieder Vorfälle bekannt wurden, in denen die geltenden Bestimmungen im Ausland umgangen worden sind, was dazu geführt hat, dass schweizerische Rüstungsprodukte in militärischen Konflikten eingesetzt worden sind.

Ich habe mich im Parlament dafür eingesetzt, dass weiterhin restriktive Bedingungen gelten, da ich eine Lockerung der Kriegsmaterialausfuhrbestimmungen aus friedens- und neutralitätspolitischen Gründen als falsch erachte.

Referendum Aufstockung Frontex

Mit der Vorlage sollte die Europäische Grenz- und Küstenwache Frontex aufgestockt werden. Frontex ist allerdings in den vergangenen Jahren immer wieder im Zusammenhang mit so genannten «Push-backs» (unzulässige Rückweisung von Asylsuchenden) aufgefallen.

Ich habe mich an vorderster Front gegen die Vorlage eingesetzt. Ich lehne zwar die Europäische Grenz- und Küstenwache nicht grundsätzlich ab, unterstütze aber eine humanitäre Flüchtlingspolitik ohne illegale Push-backs. Ich setze mich ausserdem für die Etablierung eines gesamteuropäisch koordinierten Asylwesens ein.

Beziehung Schweiz-EU; Bilaterale Verträge

Das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ist nach dem Scheitern des institutionellen Abkommens (InstA) ins Stocken geraten.

Ich habe mich während meiner gesamten politischen Tätigkeit für den Ausbau und den Erhalt der bilateralen Verträge eingesetzt. Ich habe daher auch das InstA unter Wahrung der Interessen des Arbeitnehmerschutzes unterstützt. Aktuell setzte ich mich in der Aussenpolitischen Kommission für die Aufnahme von konstruktiven Verhandlungen mit der EU ein.

Wiedereinführung Botschaftsasyl und Aufstockung Resettlement-Quote

Das europäische Asylsystem ist unkoordiniert und menschenunwürdig. Es hat primär das Ziel, Europa zum einem flüchtlingspolitischen Bollwerk zu machen. Die Schweiz ist Teil dieses Systems.

Ich setze mich dafür ein, dass dieses System koordiniert und menschenwürdig ausgestaltet wird. Ich habe daher einen Vorstoss für die Wiedereinführung des Botschaftsasyls eingereicht. Dieses würde es Asylsuchenden erlauben, im Ursprungsland Asyl zu beantragen und bei einer positiven Entscheidung auf menschenwürdige Weise in die Schweiz zu reisen. Der Vorstoss wurde im Ständerat indes abgelehnt. Ich setze mich daher für die Aufstockung der Resettlement-Quote ein. Diese ermöglicht es, dem Bundesrat respektive dem zuständigen Bundesamt, eine gewisse Anzahl Asylsuchende pro Jahr privilegiert in die Schweiz einreisen zu lassen.

Arbeitnehmerschutz

Ich bin Präsident des Kaufmännischen Verbands und setze mich auch im Parlament für die Interessen der Arbeitnehmenden ein. Im Rahmen der Covid-Pandemie wurde das Homeoffice stark forciert. Es ist seitdem aus der Arbeitsrealität von vielen Arbeitnehmenden nicht mehr wegzudenken. Ich habe mich im Parlament dafür eingesetzt, dass diese neue Arbeitsform angemessen geregelt wird, so dass die Interessen der Arbeitnehmenden gewahrt bleiben.

Ich habe mich ausserdem dafür eingesetzt, dass bei der Ausschreibung von Lehrstellen im Interesse der zukünftigen Lernenden gewisse Fairnessgebote eingehalten werden.

Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zum Untergang der Credit Suisse

Ich bin in die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zum Untergang der Credit Suisse gewählt worden. Die Kommission hat kürzlich ihre Tätigkeit aufgenommen.

Ich setze mich in der Kommission dafür ein, die Ursachen für die Krise und das Fehlschlagen der Überwachungsmechanismen zu identifizieren; dies mit dem Ziel, eine erneute Bankenkrise dieses Ausmasses zu verhindern.

Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus

Ich habe in einem Vorstoss gefordert, dass eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus geschaffen wird (ein paralleler Vorstoss wurde von Nationalrat Heer eingereicht). Der Vorstoss wurde vom Parlament angenommen; aktuell wird das Projekt zusammen mit den betroffenen Organisationen umgesetzt.

Tierschutz

Ich setze mich im Parlament regelmässig für Anliegen des Tierschutzes ein. Namentlich war ich aktiv am erfolgreichen Referendum gegen die Revision des Jagdgesetzes beteiligt. Dieses hätte eine unzweckmässige Einschränkung des Schutzes von bedrohten Wildtieren mit sich gebracht. Ausserdem habe ich mich im Rahmen der Massentierhaltungs-Initiative dafür eingesetzt, dass Nutztiere in der Schweiz tiergerecht gehalten werden. Die Initiative hat leider keine Mehrheit erhalten.

Daniel Jositsch, Ständerat